

Änderungsantrag zum Leitantrag für den Landesparteitag Dez.2023:

Antragsteller:innen:

Edith Bartelmus-Scholich, Delegierte KV Krefeld; Katharina Blank, Delegierte KV Rhein-Sieg; Helen Klee, Delegierte KV Duisburg; Andrea Küsters, Delegierte KV Oberhausen; Sefika Minte, Delegierte KV Oberhausen; Helmut Born, Delegierter KV Düsseldorf; Patrick Gawliczek, Delegierter KV Herne; Julien Gribaa, Delegierter KV Duisburg; Patrick Haas, Delegierter KV Rhein-Sieg; Thomas Hovestadt, Delegierter LAG Sanktionsfreie Mindestsicherung; Manuel Staeck, Delegierter KV Heinsberg; Ulrich Thoden, Delegierter KV Münster.

Der Antrag wird unterstützt von:

Heidmarie Behrens, KV Düsseldorf; Irene-Ingeborg Lay-Ruder, KV Wesel; Sigrid Lehmann, Ratsmitglied Linksfraktion Düsseldorf; Judith Serwaty, Mitglied Landesvorstand NRW; Zeki Gökhan, KV Rhein-Erft; Markus Menzel, KV Duisburg; Hannes Nordbeck, KV Duisburg; Tobias Umbreit, KV Essen; Christopher Wiek, KV Duisburg.

In „Armut statt Armutsbetroffene bekämpfen“

Die beiden Zeilen 109 und 110 werden wie folgt geändert:

Nach

„109 Wir stehen für eine bedarfsdeckende Mindestsicherung ohne Sanktionen“

wird gestrichen, stattdessen wird eingefügt:

„. Unsere bisherige Forderung zur Mindestsicherung von monatlich 1200 Euro aus dem Jahre 2019 wird für ein armutsfestes Leben aktualisiert: die Verbraucherpreise sind seitdem um über 18 Prozent gestiegen, die Nahrungsmittelpreise sogar über 27 Prozent, daher fordern wir nun monatlich 1400 Euro Mindestsicherung. Und wir stehen für eine soziale Wohnungs- und Mietpolitik, damit niemand Angst vor Armut und Wohnungslosigkeit haben muss.“